

ATTAC SCHWEIZ (Hrsg.)

Kassen- kampf

**Argumente gegen
die leere Staatskasse**

Vorwort von Jean Ziegler

Reihe ATTAC-Texte
Rotpunktverlag

2006

Der Süden unter dem Druck internationaler Finanzmärkte: Der Fall Südafrika

Mascha Madörin

Der Aufstieg des Finanzplatzes Schweiz ist eng mit der Geschichte des ruinösen, aber »legalen« Steuerwettbewerbs verzahnt. Allerdings hat dessen Erfolg auch mit dem weiten Feld illegitimer Praktiken der Großbanken im Graubereich der Legalität zu tun, wie folgendem Beispiel abzulesen ist. Der Fall Südafrika während und nach der Apartheid zeigt, dass die nationale und internationale Wirtschaftselite ein sehr mildes Verhältnis zu den irrwitzigsten Ausgaben des Apartheidregimes hatte, im Gegensatz zu den ersten Jahren nach Abschaffung der Apartheid. Da sorgte sie trotz aller Lobhudelei für die neue Regierung unter Nelson Mandela dafür, dass der finanzielle Spielraum für soziale Ausgaben eng wurde. Die Schweizer Großbanken sind Teil dieses Spiels.

Ohne Mitwissen der Zentralbanken und befreundeter Großbanken geht es nicht

Stellen wir uns vor, ein neu gewählter links-grüner Bundesrat hätte die Möglichkeit, während der nächsten fünfzehn Jahren jährlich 6 Milliarden Franken für den sozialen und ökologischen Umbau der Schweiz zusätzlich zum regulären Budget auszugeben. Diese Zusatzausgaben wären über einen speziellen Zukunftsfonds finanziert. Die 6 Milliarden Franken entsprechen etwas weniger als der Hälfte der Gesundheitsausgaben von Bund, Kantonen und

Gemeinden. Finanzen in dieser Grössenordnung hat Südafrika während der letzten 17 Jahren des Apartheidregimes (1978–1994) jährlich in einem geheimen Fonds zur Verfügung gehabt. In Südafrika – mit einem kleineren Bruttoinlandsprodukt als die Schweiz – entsprach dies rund 3,5 Milliarden Franken (Wert 2005). Dieser Betrag macht heute ungefähr die Hälfte der staatlichen Gesundheitsausgaben aus und entspricht ungefähr den aktuellen Militärausgaben.

Die insgesamt auf rund 65 Milliarden Franken (Wert 2005) geschätzten geheimen Ausgaben dienten dem Apartheidregime vor allem dazu, auf dem Schwarzmarkt Waffen und die technischen Grundlagen zur nuklearen Aufrüstung zu beschaffen, Geheimdienstprojekte wie das biochemische Waffenprogramm von Wouter Basson zu finanzieren und – nicht zuletzt – den Krieg der Contras in Angola und Moçambique (Unita, Renamo), der Millionen von Menschen das Leben kostete. Die Finanzen wurden aber auch für die Schnüffler- und Killeraktivitäten des südafrikanischen Geheimdienstes verwendet, für Schmiergelder im Ausland, für die Korruption von Homelandchefs, für das politische Lobbying und die Desinformation im In- und Ausland. (Van Vuuren 2006, 53 ff.)

Schon lange war von den sagenhaften Geheimfonds die Rede, sie waren auch Thema der südafrikanischen Wahrheitskommission. Ebenso war schon längst klar, dass die Militärausgaben Südafrikas während der Apartheid wesentlich höher gewesen waren als im Budget ausgewiesen. Aber wohl niemand, ausser den Eingeweihten, konnte sich die Grössenordnung realistisch vorstellen. Entsprechende Untersuchungsergebnisse und Schätzwerte wurden erst im Mai 2006 veröffentlicht.

Allerdings ist nicht klar, wie diese geheimen Fonds finanziert wurden. Auf jeden Fall wurde in Südafrika in den 1970er-Jahren von kritischen Journalisten vermutet, dass beim Verkauf des Goldes, der bis Ende der 1980er-Jahre exklusiv über die südafrikanische Reservebank (Nationalbank) lief, ein kleiner Prozentsatz – man munkelte von 10 US-Cent pro Unze – aus den Erlösen auf ein geheimes Konto abgezweigt wurde, ob zur persönlichen Bereicherung des damaligen Finanzminister Nico Diedrichs oder zu andern Zwecken, ist unklar (Van Vuuren 2006, 33). Nico Diedrichs, der in Südafrika wegen seiner zweifelhaften Fähigkeit, reich zu werden, »Dr. Gold« genannt wurde, war befreundet mit Bruno M. Saager, Generaldirektor der Schweizerischen Bankgesellschaft, einem der führenden Köpfe der Schweizer Grossbanken. Mitte der 1970er-Jahren flog ein Geheimfondskandal auf, der 1978 zum Rücktritt der Regierung führte. Es ging um einen Informationsfonds in einem vermuteten Umfang von 100 Millionen Dollar, welcher der Bestechung von ausländischen Politikern, britischen und US-amerikanischen Gewerkschaftern, Journalisten und dem Kauf ausländischer Medien dienen sollte. Eine Strohfirma, welche zu solchen Zwecken gegründet wurde, erhielt Überweisungen von der Thesaurus Continental Effekten Gesellschaft, einer Tochterfirma der Schweizerischen Bankgesellschaft (Strehle et al. 1987, 159 ff.). Ein weiteres Konto soll ebenfalls bei der Schweizerischen Kreditanstalt eröffnet worden sein (*Financial Mail*, 12.9.1980). Bis heute bleibt ungeklärt, was es mit diesen Konten und den Überweisungen auf sich hatte.

Bei einem zweiten Fall, der öffentlich bekannt wurde, und über den das Schweizer Fernsehen einen Film Anfang

der 1980er-Jahre ausstrahlte, ging es um ein Waffenumgehungsgeschäft in der Höhe von 2 Milliarden Dollar. Die Bezahlung wurde laut dem Fernsehfilm über eine Schweizer Bank abgewickelt. Die Nennung des Bankennamens, nämlich die Schweizerische Bankgesellschaft in Luxemburg, wurde vom Schweizer Fernsehen aus dem ursprünglich britischen Fernsehfilm herausgeschnitten. Beim Geschäft ging es damals um die Lieferung der technischen Voraussetzungen für die Produktion taktischer Atomwaffen (Strehle et al. 1987, 167). Eines ist bei diesem Fall klar, weder Regierungen noch Unternehmen können für Milliarden von Dollar Umgehungsgeschäfte tätigen, ohne dass es die betreffende Zentralbank weiss. Damit wussten es auch die Chefs der südafrikanischen Bergbauindustrie, die immer in der Geschäftsführung der Reservebank vertreten waren und die sich gegen Ende und vor allem nach der Abschaffung der Apartheid gerne vom Apartheidregime und seinen Gräueltaten zu distanzieren pflegten, wie wenn nur die Generäle und Folterer am Regime beteiligt gewesen wären. Damit die Umgehungsgeschäfte möglich waren, brauchte es ausländische Banken, über welche die Schwarzhandelsgeschäfte zuverlässig abgewickelt werden konnten. Die Schweizer Grossbanken boten während Jahrzehnten für solche Machenschaften eine geeignete Infrastruktur. Strikte Geheimhaltung, wie sie der Finanzplatz Schweiz bietet, Seriositätsgarantie, Internationalität, eine schwache Aufsichtsbehörde, überforderte Untersuchungsrichter und niedrige Steuern für Briefkastenfirmen sind im Schwarzmarktgeschäft Gold wert. Dazu kommt, dass führende Schweizer Banker, Industrielle und sogar Fritz Leutwiler, von 1974 bis 1984 Präsident der schweizerischen National-

bank, mit südafrikanischen Ministern und Konzernherren persönlich befreundet waren – eine geeignete Voraussetzung für geheime Absprachen bei den ganz grossen Geschäften, die möglichst nicht öffentlich bekannt werden dürfen.

Zerschlagene Hoffnungen nach Abschaffung der Apartheid

Südafrika kam der Krieg gegen die Nachbarländer, die Repression im Inland und die Kosten der Sanktionsumgehungen bis zum Schluss (1993) sehr teuer zu stehen. Die Finanzsanktionen gegenüber dem Apartheidregime trugen wesentlich dazu bei, dass diese Mehrkosten nicht mehr zu finanzieren waren. Die erste, demokratisch gewählte Regierung unter Präsident Nelson Mandela hoffte, dass nun Südafrika nach dem Ende des Apartheidregimes substanziell mehr öffentliche Finanzen als bisher für die Verbesserung der Situation der Armen zur Verfügung haben werde. Die riesigen Zusatzausgaben für Krieg und Repression würden wegfallen, und zudem würde, so die Erwartung, das Ende der Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika zu einem Wachstumsschub führen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch ausländische Direktinvestitionen und zum Zugang zu wesentlich billigeren ausländischen Krediten.

Im April 1994 fanden in Südafrika die ersten demokratischen Wahlen statt, und es kam das Wahlbündnis des African National Congress (ANC), der ältesten Befreiungsbewegung Südafrikas, des Gewerkschaftsverbandes (COSATU) und der Kommunistischen Partei an die (Regierungs-)Macht. Noch vor den Wahlen hatte der ANC das Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm (RDP – Reconstruction and Development Program), das von den Ge-

werkschaften entwickelt wurde, als wirtschaftspolitisches Wahlprogramm übernommen. Im September 1994 stellte die neue südafrikanische Regierung das Programm zur Realisierung des RDP vor. Es ging in diesem Programm wesentlich um den Ausbau der Infrastruktur (Energie, Wasser, Unterstützung beim Wohnungsbau etc.) für die arme Bevölkerung, das heisst für die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung. Dem Konzept vom RDP lag die Idee eines »Wirtschaftswachstums durch Umverteilung« zugrunde. Die neue Regierung hoffte, dies ohne Steuererhöhung und trotzdem mit einem geringeren Budgetdefizit, das in den letzten Jahren der Apartheid sehr hoch war, finanzieren zu können. Als Starthilfe für diese Entwicklung sollte ein Spezialfonds geschaffen werden. In den ersten fünf Budgetjahren betrug der Umfang der dafür vorgesehenen Gelder schätzungsweise drei Viertel der Gelder, welche früher den Geheimfonds zur Verfügung standen. Dazu kommt, dass die Ausgaben fürs Militär nun wesentlich tiefer waren als vorher. Ihr Anteil an den Ausgaben des Staates sank im Vergleich zur Apartheidzeit um 60 Prozent, die Geheimfonds nicht eingerechnet. Es gab also gute Gründe, dieses Programm für finanzierbar zu halten, auch mit einem vergleichsweise tiefen Staatsdefizit.

Knapp zwei Jahre später, schon im Juni 1996, präsentierte die neue Regierung der überraschten südafrikanischen Öffentlichkeit ein in kleinstem Zirkel entwickeltes neues Wirtschaftsprogramm (GEAR, Growth, Employment and Redistribution), das nun vom Konzept der »Umverteilung durch Wachstum« ausging. Der Finanzminister Trevor Manuel erklärte, dass dieses Programm in seinen groben Zügen »nicht verhandelbar« ist, auch nicht innerhalb der

regierenden Parteien und Organisationen, des ANC, des COSATU und der KP. Allenfalls könne über Details verhandelt werden. Die Finanzen für das RDP wurden stark zurückgestutzt. Prominente Linke kritisierten den makroökonomischen Gehalt dieses neuen Programms als neoliberal und sahen darin eine wirtschaftspolitische Kehrtwende in Richtung Neoliberalismus. Die GEAR-Politik führte zu heftigen wirtschaftspolitischen Debatten zwischen den Regierungspartnern und in der südafrikanischen Öffentlichkeit. Die neue Regierung entwickelte sich rasch zum wirtschaftspolitischen Musterknaben des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.

Der renommierte südafrikanische Ökonom Sampie Terreblanche veröffentlichte im Jahr 2002 ein sehr lesenswertes Buch zur Wirtschaftsgeschichte der Armut und Diskriminierung in Südafrika und erregte mit seiner schonungslosen Kritik der Wirtschaftspolitik nach der Apartheid etliches Aufsehen. Terreblanche vertritt die These, dass der ANC mit dem Big Business geheime Verhandlungen geführt hat, die niemand kontrollieren konnte und worüber der ANC nie öffentlich Rechenschaft ablegen musste, im Unterschied zu den politischen Verhandlungen mit den Vertretern der Apartheidregierung. So hätten sich Vertreter des ANC schon vor den ersten demokratischen Wahlen, noch im Jahr 1993 in geheimen Absprachen mit Vertretern der grossen südafrikanischen Konzerne und der National Party, der Partei des Apartheidregimes, auf einen in den Ansätzen neoliberalen makroökonomischen Kurs geeinigt, der kurz darauf in einem Kreditabkommen mit dem Internationalen Währungsfonds festgeschrieben wurde (Terreblanche 2002, 96). Dieses versteckte Programm zeigte sich

öffentlich klar mit dem Entscheid der Regierung über die GEAR-Strategie zweieinhalb Jahre später. Zwei Jahre nach Erscheinen des Buches, in einer Rede vor dem Black Management Forum, bezeichnete Tito Titus Mboweni, Gouverneur der südafrikanischen Reservebank (SARB), diese These von Terreblanche als blanken Unsinn. Er selbst sei bei den Verhandlungen mit dem IMF damals dabei gewesen, und zwar in seiner Eigenschaft als ANC-Vertreter in der Finanzkommission der Übergangsregierung (TEC, Transitional Executive Council). Es habe davor kein geheimes Treffen des ANC mit dem Big Business und keine wirtschaftspolitischen Absprachen gegeben. Wer das Dokument des Abkommens mit dem IMF, das auch ein Statement über die beabsichtigte Wirtschaftspolitik beinhaltet, genau lese, finde darin nichts anderes, als was der ANC schon in früheren Dokumenten vertreten habe: Südafrika brauche eine »vorsichtige makroökonomische Politik«. Hier sei angemerkt, dass sich Mboweni die Sache sehr einfach macht in dieser Rede, weil er nicht thematisiert, dass Ökonomen darüber, was »makroökonomische Vorsicht« sein soll, sehr geteilter Meinung sind, auch in Südafrika.

Auf diese wirtschaftspolitische Kontroverse soll hier nicht eingegangen werden, sondern auf einen andern Punkt, der meines Wissens bisher von den Kritikerinnen und Kritikern der südafrikanischen Wirtschaftspolitik nicht thematisiert worden ist. In seiner Rede fügte Mboweni einen bemerkenswerten Satz an. Man müsse, sagte er, fairerweise einräumen, dass damals die Übergangsregierung nur die »Spitze eines grossen Eisberges« der tatsächlichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten (Zahlungsbilanz: nationale Buchhaltung gegenüber dem Ausland) wirklich gesehen

habe. Was blieb damals dem ANC-Vertreter in der Finanzkommission des TEC verborgen? Ende März 1994, einen Monat vor den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika, hatte das Land laut Statistik noch Nettowährungsreserven (Reserven des Landes an ausländischen Währungen und Gold), die für zwei Wochen Warenimporte ausreichten, sehr wenig also. Das war bekannt und einer der Gründe, weshalb Unterstützungskredite vom IMF mehr als willkommen waren und, wie Mboweni sagte, vom ANC mit Skepsis, aber als unvermeidlich betrachtet wurden. Die Währungsreserven waren jedoch in Realität nicht wie befürchtet sehr klein, sondern effektiv negativ. Nur war das den veröffentlichten Statistiken nicht anzusehen und, so ist zu vermuten, war dies der Übergangsregierung nicht bekannt. Den statistisch ausgewiesenen Währungsreserven stand gleichzeitig das 15-Fache einer sogenannten negativen »internationalen Liquidität« gegenüber. Insgesamt waren über 16 Milliarden Dollar Verpflichtungen weder durch Währungsreserven noch durch reguläre Kredite, noch Anleihen abgedeckt, da Südafrika wegen der Finanzsanktionen seit fast zehn Jahren keinen regulären Zugang zu den internationalen Finanzmärkten mehr hatte. Die internationalen Finanzsanktionen waren erst zu Ende, als Südafrika sich auf demokratische Wahlen geeinigt hatte. Mehr als 16 Milliarden Dollar waren von der südafrikanischen Reservebank mit sogenannten Terminverträgen aufgetrieben worden, mit Krediten, die eine Art Pfandabsicherung mit einschlossen, in Form von zukünftigen Exporterlösen, Gold oder andern zukünftigen Deviseneinkommen. Schon früher hatte Südafrika anlässlich von Liquiditätskrisen während und nach politischen Aufständen gegen die

Apartheid (etwa 1976 beim Soweto-Aufstand) auf diese Art und Weise Dollars beschafft und Gold als Pfand eingesetzt. Und wiederholt wurde bekannt, dass das Apartheidregime diese »Goldswap«- und »Gold-Loan«-Geschäfte vor allem mit den Schweizer Grossbanken abwickelte, so auch in den letzten Jahren der Apartheid. In dieser Zeit importierte die Schweiz überdurchschnittlich viel Gold aus Südafrika. Offiziell hatte die Schweiz einen Kapitalexportplafond gegenüber Südafrika. Als Südafrika wiederholt bei der Schweizer Regierung wegen dieses Plafonds vorstellig wurde, versuchte die Schweizer Regierung den Südafrikanern eine »flexible Handhabung« des Plafonds schmackhaft zu machen, weil sie den Plafond aus Imagegründen nicht offiziell abschaffen wollte. Schon 1983 hatte Bundesrat Willi Ritschard dem Gesamtbundesrat vorgeschlagen, die Goldswap dem Kapitalexportplafond nicht anzurechnen. Ab 1984 eskalierten die Goldimporte der Schweiz aus Südafrika.

Das Neue und Unbekannte an diesen Termingeschäften Südafrikas während der letzten Jahre der Apartheid waren ihre Grössenordnungen, die sich niemand wirklich vorstellen konnte und welche die Gold- und Devisenreserven der südafrikanischen Reservebank bei weitem überstiegen. Die negative Liquidität an ausländischen Währungen, die Südafrika einen Monat vor den ersten demokratischen Wahlen hatte, entsprach damals dem Wert von rund sieben Monaten Einnahmen des Landes aus Warenexporten (inkl. Gold). Das dürfte nur wenigen Insidern bekannt gewesen sein, sonst hätte das Ganze nicht funktioniert, und das tatsächliche Ausmass der Finanzkrise des Apartheidregimes hätte schon längst nicht mehr vertuscht werden können. Wie Mboweni in einer Mitteilung zur Abschaffung dieser Ter-

minverträge im März 2004 sagte, merkten »die Märkte« in den letzten Jahren der Apartheid nicht, dass Südafrika permanent am Abgrund einer Finanzkrise stand, wie sie in Südostasien ein paar Jahre später ausbrach. Auch Fachleute aus der Antiapartheidbewegung rätselten damals darüber, wie und zu welchen Bedingungen Südafrika immer noch trotz Finanzsanktionen zu den für den Aussenhandel notwendigen Dollars kam, konnten aber darüber nur spekulative Überlegungen anstellen. Es ist unklar, ab wann die Exponenten der neuen Regierung informiert waren über die katastrophale Devisensituation.

Große Kosten und kleine Spielräume für den Staat

Ab Mitte der 1980er-Jahre gelang es dem Apartheidregime wegen der Finanzsanktionen nicht mehr, auf den regulären internationalen Finanzmärkten zu Dollarkrediten und -anleihen zu kommen. Zudem verlor der Rand dramatisch an Wert. Dagegen intervenierte die Reservebank mit kurzfristigen Termingeschäften. Aber nicht nur das: Um die für die südafrikanische Wirtschaft überlebenswichtigen Importe und Exporte aufrechtzuerhalten und die Wirtschaft vor grossen Währungsverlusten zu schützen, bot die südafrikanische Reservebank Unternehmen und Banken für langfristige Verträge mit dem Ausland eine Art Versicherung der Randwährung an, welche Güter importieren mussten oder gegenüber dem Ausland Schulden hatten, oder für ausländische Gläubiger, die Wert- oder Schuldpapiere in Rand hatten. Mitte 1989, als auch den renitentesten Wirtschaftsführern in Südafrika dämmerte, dass das Apartheidregime keine Zukunft mehr haben würde, wurde das Statut der südafrikanischen Reservebank umformuliert,

die Unabhängigkeit der Reservebank gegenüber der Regierung verankert. Zu Recht befürchtete man, dass Gewerkschafterinnen und Kommunisten Minister werden würden. Im neuen Statut wurde festgeschrieben, dass Währungs- und Goldpreisverluste respektive -gewinne auf die Regierung überschrieben werden. Es zeigte sich später, dass vor allem langfristige Währungsabsicherungen sehr verlustreich waren. Ab 1998 beendete die SARB diese Dienstleistung für die Privatwirtschaft, die dem Staat riesige Verluste bescherte.

Anfang März 2004, zehn Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen, kündigte Mboweni an, dass ein bedeutender Meilenstein gesetzt sei in der Geschichte Südafrikas: Das »Forward Book« der Reservebank sei jetzt abgeschafft und nun könne ernsthaft mit dem Aufbau der Währungsreserven begonnen werden. In den zehn Jahren nach der Apartheid beliefen sich insgesamt die auf die Regierung überschriebenen Währungsverluste, die mit dem Budget des jungen demokratischen Staats gedeckt werden mussten, auf 62 Milliarden Rand (Wert März 2003), was etwas weniger als den Verlusten entsprach, die in den letzten zehn Jahren der Apartheid auf den Staat überwälzt wurden, und 13,4 Prozent der Schulden der Zentralregierung vom März 2003. Ganz schön viel, wenn man bedenkt, dass auch noch die Pensionskasse der Staatsangestellten kurz vor dem Ende der Apartheid in ein Kapitaldeckungsverfahren umgewandelt wurde und damit dem Staat, der dadurch zum Grossschuldner des Kapitalstocks der Pensionskassen wurde, zu grossen Zusatzschulden verhalf. Gefragt, wo er die grösste aktuelle Herausforderung für den ANC sehe, antwortete Nelson Mandela in einem Interview von 2003:

»Wir hatten sehr gute Pläne, bevor wir die Wahlen 1994 gewannen. Danach entdeckten wir jedoch Tatsachen, die uns zuvor unbekannt waren. Zum Beispiel tauchte eine öffentliche Schuld von 254 Milliarden Rand auf, für die wir 50 Milliarden Rand Zinsen jährlich bezahlten. Das blockierte uns in fast allen unseren Projekten. Es ist das größte Hindernis, um in diesem Land voranzukommen.« (*This Day*, 9.10.2003)

Die Zahlung von Zinsen für die Staatsschuld wurde in den ersten 10 Jahren nach der Apartheid zum zweitgrössten Ausgabenposten. Im Durchschnitt kosteten die Verluste der Termingeschäfte in den letzten zehn Jahren der Apartheid knapp 60 Prozent des Budgets für Wohnungsbauförderung und Gemeindedienstleistungen, in den ersten zehn Jahren nach Abschaffung der Apartheid sogar 66 Prozent. Wohnungsbau ist bis heute zentral für die Verbesserung der Lebenssituation der armen Mehrheit Südafrikas und bis heute ein heisses Politikum. In Gesundheitsausgaben der Zentralregierung gerechnet, machten diese Forward-Verluste während der Apartheid knapp 30 Prozent, die zehn Jahre danach knapp 20 Prozent der Gesundheitsausgaben aus. Man stelle sich vor, zur Bekämpfung von Aids wären Südafrika seit 1994 mehr als 10 Milliarden Franken zusätzlich zur Verfügung gestanden!

Wenn die »International Apartheid Debt and Reparations Campaign« von einer illegitimen Apartheidschuld redet, muss sie auch diese Währungsverluste, die an den Staat überwältigt worden sind, als illegitime Apartheid-Auslandschuld rechnen. Sie erscheint in den Statistiken als Binnenschuld des Staates, wurde aber durch internationale Sanktionsumgehungsgeschäfte während der Apartheid verursacht.

Zwar erhielt die neue südafrikanische Regierung unter Präsident Nelson Mandela sehr viel internationales Lob. Aber das nützte ihr im Umgang mit der negativen internationalen Liquidität nichts. Entgegen allen Erwartungen floss nur zögerlich Kapital ins Land. Es war offensichtlich, dass Südafrika nicht als sicherer Finanzpartner eingestuft wurde. Im März 1995, ein Jahr nach den Wahlen, lag die internationale Liquidität bei einem neuen Tief von minus 25,7 Milliarden Dollar. Danach versuchte die Direktion der Reservebank, die immer noch die gleiche war wie in den letzten Jahren der Apartheid, das Liquiditätsproblem zu lösen, indem sie mit hohen Zinssätzen versuchte, ausländisches Kapital anzulocken. Die realen Zinsen wurden um 7 Prozent erhöht, ein sicheres Rezept um Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu vernichten. Die hohen Zinsen bewirkten zudem, dass die ohnehin hohen Ausgaben für Schuldzinsen im Staatsbudget noch mehr stiegen und die neue Mittelschicht von Schwarzen, die sich mit Krediten Häuser und Autos gekauft hatten, sich immer mehr verschuldete.

Dazu kommt, dass Südafrika während der Zeit der negativen internationalen Liquidität Mühe hatte, billige Anleihen auf dem Weltmarkt zu bekommen. Da die Liquiditätslage prekär war, gab es ein ernsthaftes Vertrauensproblem für die neue Regierung und die Reservebank, trotz dem Prestige, das die neue Regierung international genoss. Die neue Regierung musste beweisen, dass sie mit dieser Situation »vorsichtig« und »verantwortungsvoll« umzugehen wusste. Der Druck, sich besonders mit einer Wirtschaftspolitik hervor zu tun, die den Vorstellungen der Finanzwelt und dem IMF entsprachen, war gross. Implizit entstand durch die

prekäre Devisenlage ein Zwang zu einer mehr als vorsichtigen Ausgabenpolitik, trotz drängender sozialer Probleme und wachsender Arbeitslosigkeit. Sowohl die Staatsdefizite als auch die Staatsschuld liegen für Südafrika immer noch musterhaft tief, tiefer als dies den Maastricht-Kriterien der europäischen Wirtschaftsunion entspricht. Als Mboweni 2004 den Medien die erfolgreiche Schliessung der Terminvertragskonti ankündigte, sagte er, er hoffe, dass dies »die Märkte« zur Kenntnis nehmen und sagen werden »Hey, diese Leute sind okay. Sie machen ihre Sache gut. Diese Südafrikaner gewinnen nicht nur Oscars, sie sind auch fähig, ihre Finanzen in verantwortungsvoller Weise sauber zu halten« (*Business Day*, 2. 3. 2004).

Bis heute ist nicht untersucht, welche ausländischen Banken während der Apartheid an diesen hoch geheimen Terminverträgen beteiligt waren, die der Umgehung von Finanzsanktionen dienten und damals wohl für ein paar Jahre die Hoffnung schüren halfen, das Apartheidregime sei in der Lage, die Finanzsanktionen zu überleben, und über eine Demokratisierung Südafrikas müsse nicht zwingend verhandelt werden. Allerdings gibt es dazu einige Hinweise. Klar ist, dass die Schweizer Grossbanken an diesen Geschäften beteiligt waren, nicht bekannt ist jedoch, in welchem Umfang. Kurz nach der Wahl der Regierung Mandela stellten die britische Barclays Bank, die Schweizerische Bankgesellschaft und eine deutsche Bank (die Deutsche Bank oder Dresdner Bank) ein hochkarätiges Beratergremium der neuen Regierung zur Verfügung, obwohl bereits der Internationale Währungsfonds und die Weltbank das Gleiche taten. Die Annahme liegt nahe, dass die drei Grossbanken sich nicht zuletzt um die politisch und

ökonomisch überaus heikle Geschichte der Terminverträge sorgten und halfen, die Sache mit viel Diskretion und ohne Finanzkrisen abzuwickeln. Das müsste noch näher untersucht werden.

Was die Rolle der Schweizer Grossbanken in den letzten zehn Jahren anbelangt, so fällt auf, dass ihr traditionelles Engagement nach der Apartheid rapid an Bedeutung verloren hat, vor allem, was die langfristigen Anleihen an den Staat und öffentliche Unternehmen anbelangt. 1989, als die Finanzsanktionen ihren Höhepunkt erreichten, hatte die südafrikanische Regierung dreimal mehr langfristige Schulden gegenüber der Schweiz als gegenüber den USA, 2004 vierzigmal weniger. Der Anteil der Schweiz an den langfristigen Verpflichtungen, die der südafrikanische Staat gegenüber dem Ausland hatte, betrug 1989 23 Prozent, im Jahr 2004 war dieser Anteil kleiner als 1 Prozent. Auch was die Direktinvestitionen anbelangt, die wichtig sind für die Schaffung von Arbeitsplätzen, ist die Schweiz im Vergleich zu Deutschland, den USA und Asien seit 1989 weit zurückgefallen. Die UBS und die CS konzentrieren sich heute in Südafrika auf die Börsengeschäfte.

Zahlreiche Texte zu Schweizer Banken-Südafrika finden sich unter: www.apartheid-reparations.ch und www.aktionfinanzplatz.ch (insbesondere *Finanzplatzinformationen*, 4/2005). Eine Studie von Mascha Madörin »Hedging Apartheid«, auf welcher zum Teil dieser Artikel beruht, wird im Spätherbst 2006 auf der Website apartheid-reparations.ch zu finden sein.